

Berliner Tageblatt



Nr. 9

und Handels-Zeitung

Dienstag, 6. Januar 1925

Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Der neue Gewaltakt.

von

Dr. Ernst Feder.

Kollektivnote der Alliierten, die mir früh veröffentlicht haben, gleicht jenen Urteilen, die der Tenor von vornherein fest und für die Begründung dann nachgerechtmacht wird. Von vornherein stand fest, Erste Zone am 10. Januar nicht geräumt werden soll, insoweit brauchten die Fortdauer der Besetzung, weiß das Ruhrgebiet abgedrückt wird. Wären die Engländer, so wären die Franzosen in die aufgegebenen eingedrückt. Daß das Ruhrgebiet rechtschuldig unterbrochen, offener ist, wurde ihnen von ihren Verbündeten, Englandern, selbst bescheinigt. Die britischen Kronen hatten es in feierlicher Form festgestellt. So lag daran, nicht zum zweiten Male als die in Rechtsbrecher vor der Welt bloßgestellt werden, vielmehr die Engländer in das neue einzubeziehen, das zur Aufrechterhaltung des notwendig ist. Das ist ihnen gelungen. Sie haben ihren Alliierten versichert. Jetzt galt es, nach der Uebereinkunft auch eine Einigung über die Formel zu finden, in die dieser Akt der Politik eingeworfen soll. Diese Einigung war noch schwerer als die Verhandlung. Das beweist der kümmerliche Inhalt der Note, die sich selbst als eine provisorisch zeichnet und sich als unvollständig anseht, daß sie keine Mitteilung für „später“ in Aussicht stellt.

Die Lage der jetzigen Situation liegt es nahe, an die Bemerkung zu denken, die man vor genau zwei dem gewalttätigen Einbruch in das Gebiet gegeben hat. Dieser Vergleich fällt zu ungunsten der jetzigen Begründung. Die „Verhandlungen“, die man damals und vorwärts, waren zwar höchst unbedeutend, und in gar keinem Verhältnis zu dem Gewaltakt dem sie räumten dienen mußten. Aber sie waren doch immerhin. Es wurde immerhin genau angegeben, daß und mit wannzigtausend Kubikmeter Schnittholz und fünfzigtausend Kubikmeter Kohle und fünfzigtausend Kubikmeter Pflaster, noch nicht geliefert seien, und wenn es auch in der die vielschichtige beispiellose Größe war, daß wegen der Unmöglichkeit die ganze europäische Ordnung in Berg gebracht wurde, so konnten doch immerhin die beiden Tatsachen nachgeprüft werden. Nicht einmal die Einigung ist im heutigen Fall möglich. Bei den jetzt herantretenden Punkten handelt es sich um Vornahme, die seit Monaten in der französischen Presse erhoben werden, was um Dinge, die gestern oder vorgestern entdeckt sind. Wenn man also die ernsthafteste Absicht hatte, eine von zu ermöglichen, wenn man dem bescheidigten Land auch nur dasjenige Verteidigungsrecht zugestehen auf das sich in allen zivilisierten Staaten sogar der die Verbündeten berufen kann, dann braucht man nicht um den zehnten Januar abzuwarten. Dann mußte rechtzeitig vorher die einzelnen Befehlsbefugnisse der Regierung mitteilen.

Deutsche Regierung hat angekündigt, daß sie die Widerstand in der Kölner Note erhobenen Vorwürfe so lange lassen wird, bis ihr in Aussicht gestellten näheren Angaben gemacht sind. Auch die deutsche Öffentlichkeit ist in der Lage, ohne diese näheren Mitteilungen in der Stellung zu nehmen. Der Große Generalstab ist es, der die letzten Artikel 160 wieder herbeiführt. Seit Jahren steht die jetzige Organisation des kleinen Hunderttausend-Mann-Heeres fest. Weswegen die Alliierten den zehnten Januar ab, um Einigungen zu erheben? Freiwillige sollen auf kurze angelegt und ausgebildet worden sein. Der Kürtener wie der Münchener Putsch haben zweifellos bewiesen, daß Deutschland irreguläre Truppen aufgestellt worden sind, nicht zum Schaden der französischen Republik, wohl zur Gefährdung der deutschen Republik. Der Marschlerin, nicht der Marsch auf Paris wurde im Bürgerkrieg angekündigt. Wir wissen nicht, ob noch jetzt „Freiwillige“ ausgebildet werden. Ist das der Fall, dann muß die Öffentlichkeit, muß der Reichstag verlangen, daß die Öffentlichkeit abgestellt wird. Nicht bloß im Alliierten einen Vorwand für die Anwendung von Gewalt zu nehmen, sondern weil, wie die Note der letzten Jahre lehrt, solche Waffen gegen die deutsche Republik geschmiedet werden. Ebenfalls hat die deutsche Öffentlichkeit den Wunsch, daß dieser Punkt in voller Klarheit verhandelt und so schnell wie möglich der Welt geschickt wird.

Die bedeutenden unerlaubten Vorräte an Kriegsmaterial hat sich der Reichswehrminister in unseren Spalten bereits geäußert. Mit den tausenden „Hohlingen“ in Lagerhäusern zu Wittenau, in fünfzigtausend Kubikmetern von Suhl kann kein Krieg gegen Frankreich geführt werden. Frau von Dr. Gertrud Wöcker von der Universität Bern hat in einer Broschüre „Wissenschaft und wissenschaftlicher auf Grund ihrer Studien in amerikanischen Gegend über den neuesten Stand der Giftgaszerstörung für den Kriegszustand interessante Mitteilungen gegeben. Jeder Kenner der juristischen Möglichkeiten eines Krieges wird bei der Vorstellung lächeln, daß man ebenen oder versteinerten Gewehrstützen ein moderner Krieg werden könne. Eine Auseinandersetzung besonderer

Das Echo der Kölner Note.

Herriots Presse über die „objektive Fassung“.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

2 Paris, 6. Januar.

Die Kommentare der Pariser Zeitungen zu dem Wortlaut der Note an Deutschland sind merkwürdig verschieden. Die Blätter des nationalen Blochs beschränken sich darauf, die Note abzufragen und einige kurze Auslegungen in chauvinistischem Sinne hinzuzufügen. Die Zeitungen der Mehrheit betonen die objektive Fassung des Dokumentes, die jede aggressive Wendung vermeiden, und nur Tatsachen feststellen will. Zwei Beispiele mögen den Unterschied zeigen. Der „Matin“ schreibt, nachdem festgestellt ist, daß die deutschen Hoffnungen auf die Uneingetretener der Alliierten zertrümmert worden sind: Deutschland hatte bereits wieder begonnen, ein gewisses moralisches Ansehen in der internationalen Politik zurückzugewinnen. Es ist nahe daran, diesen Vorteil wieder einzubüßen. Die Bildung einer Regierung mit deutlicher Rechtsorientierung wird die Bewegung des Misstrauens noch verstärken. Die „Grenoble“ deren Informationen vermutlich aus der nächsten Umgebung Herriots kommen, erklärt: „Man muß den Regierungen in Paris und London für die Mäßigung danken, die sie bei der Formulierung der Note bewiesen haben. Die Beweisführung ist einleuchtend. Ihr Ziel ist klar. Kein Wort und auch nicht der Geist der Note ist aggressiv. Ein Protokoll der Richt-erfüllung, das von einigen „Sentimen“ verfaßt ist, keinesfalls eine „Anlage“.“ Die aufgeregten Leute in Deutschland werden schließlich bewiesen können, daß die Note der Würde Deutschlands Abbruch tut, aber, daß sie eine Propaganda bedeuten soll.“ Der gleiche Ton im „Excelsior“, mit einer feinen Nuance der Berichtigung: „Der objektive Charakter der Note und ihre unwillkürliche juristische Geschlossenheit zeigen, ebenso wie ihr fester Ton, daß die Haltung der Alliierten gegenüber einem Deutschland, das seit zwei Jahren seine Fortschritte in der Abrüstung gemacht hat, eine andere geworden ist. Wir wollen wünschen, daß diese alliierte Einigkeit erhalten bleibt.“ Im „Echo de Paris“, „Gaulois“, „Figaro“, „Avenir“, „Action Francaise“ und anderen Zeitungen, die kaum eine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne gegen Deutschland zu hetzen, nichts.

Im „Journal“ spricht der bekannte Saint-Brice von einem „Verdikt“, das in der Zukunft noch ergänzt werden wird. Die Alliierten erwählen diesmal nur die militärische Bestimmung, aber sie behalten sich vor, auf die anderen Vertragsverletzungen Deutschlands später zurückzukommen. Der Hinweis auf eine spätere Note, die nach dem Abschluss der Kontrollarbeiten überreicht werden soll, wird hier also als eine Drohung ausgedeutet, nicht, wie bisher angenommen wurde, als eine Verheißung für die Festlegung eines Räumungsstermins nach besserer Prüfung. Dieser letzte Gedanke findet sich auch im Kommentar des „Petit Journal“, aber in abgeschwächter Form: Die Alliierten behalten sich das Recht vor, später zu beurteilen, wie Deutschland die anderen Bedingungen des Vertrages erfüllt hat. Es wird aber von Deutschland nur allein abhängen, die Räumung der Kölner Zone zu beschleunigen. Im „Petit Journal“ wird auch auf eine Äußerung Herriots Bezug genommen, von der im Berliner Tageblatt vor wenigen Tagen in einem Pariser Bericht gesprochen worden ist. Herriot hat erklärt, daß er die Wichtigkeit der Waffenruhe nicht überhöhe, sondern, daß es ihm weit mehr auf das Gesamtbild und auf die Stimmung in Deutschland ankomme. „Das Petit Journal“ sagt darüber: Es handelt sich für die Alliierten nicht um Plinthenläufe und alte Kanonenrohre, die Alliierten konstatieren, daß seit fünf Jahren Deutschland aus der Reichswehr den Kern einer modernen Armee zu machen versucht, daß ein Generalstab unter anderem Namen existiert, und daß die Schutzpolizei trotz aller Wünsche und Warnungen ihren militärischen Charakter nicht verloren hat.“ Soweit ihre Kommentare der Presse. In diplomatischen Kreisen besteht der Eindruck, daß die bekannten fünf Forderungen die Grundlage der Note bilden. Daß diese Forderungen von den Alliierten wiederholt werden würden, konnte von niemandem, der sich nicht selbst zu lächerlich versucht, bezweifelt werden. Es wird nun vor allem darauf ankommen, daß Deutschland auf die Vorwürfe antwortet und, wenn das abschließende Protokoll fertig ist, die Zustimmung oder die Ueber-

treibungen der in der Note ausgesprochenen Behauptungen zurückweist. Dazu bedarf es der Verhandlungen. Solche Verhandlungen sind nach dem Wortlaut der Note nicht ausgeschlossen. Sie müssen so rasch wie möglich eingeleitet werden.

Eine eheliche englische Stimme.

(Telegramm unseres Korrespondenten)

London, 6. Januar.

Die heutige Morgenpresse begnügt sich im allgemeinen damit, den Text der alliierten Note der Botfahrentorenanz an Deutschland wiederzugeben, ohne aber dazu Stellung zu nehmen. Von konservativer Seite bringt der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ ein paar kurze Bemerkungen. Er bezeichnet die Note als einen deutlichen Erfolg der französischen diplomatischen, die es erreicht habe, daß eine kurze Liste besonderer Vergehen Deutschlands, die in dem Zwischenbericht der Kontrollkommission enthalten war, in die Note aufgenommen ist. Die juristische Schwierigkeit, die Verlängerung der Besetzung Kölns vor Eintreffen des definitiven Berichtes der Kontrollkommission zu rechtfertigen, sei gelöst durch die Phrase gelöst worden. „Die alliierten Regierungen sind bereits in der Lage, ohne den 10. Januar 1925 abzuwarten, die deutsche Regierung davon zu benachrichtigen, daß sie Beweise erhalten haben.“ Durch diese Phrase hätten sich jedoch alle alliierten Regierungen zu der Ansicht bekannt, daß einige deutliche Verletzungen wesentlichen und ersten Charakters seien, ohne die endgültige Aufklärung ihrer militärischen Sachverhältnisse abzuwarten. Die Ermahnung, daß hin und wieder von deutscher Seite Widerstand geleistet sei, sei darum bemerkenswert, weil weder die Art noch das Datum solcher „Widerstände“ angegeben sei. Der Korrespondent hat erfahren, daß es in diesem besonderen Punkte der Note zu einer lebhaften interalliierten Diskussion gekommen sei.

Der diplomatische Korrespondent des „Daily Chronicle“ will erfahren haben, daß Kaiserin Chamberlain während mehrerer Unterhaltungen mit dem deutschen Botfahner in London den britischen Standpunkt ausführlicher erklärt habe. Das englische Kabinett bedauere, daß die Nichterfüllung der Entwaffnungsklausel des Versailler Vertrages durch Deutschland die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar unmöglich gemacht habe. Es sei aber nicht in der Lage, das Zeugnis der interalliierten Kontrollkommission zu übersehen ohne die Maßnahmen seiner eigenen militärischen Ratgeber außer acht zu lassen.

Der einzige Leitartikel in der Note findet sich in der „Daily News“. Niemand habe jemand daran gezweifelt, daß, wenn die Alliierten wünschten, eine technische Entschuldigung für die Verlängerung der Besetzung deutschen Gebietes vorzubringen, sie leicht eine solche finden würden. Dies sei ihnen erstens durch die Bedingungen des Friedensvertrages erleichtert worden, die derart seien, daß sie kaum einwandfrei erfüllt werden könnten, und zweitens durch die anhaltende Schwäche der deutschen Regierung. Es sei geradezu lächerlich, von einer solchen Regierung das zu verlangen, was eine starke Verwallung im besten Falle nur mit rigorosen Maßnahmen erreichen könne. Die einzige Möglichkeit, von Deutschland die Erfüllung des Friedensvertragsaufsatzes zu erlangen, wäre die gewesen, wenn die Alliierten mit dem vollen Gewicht ihrer Autorität die deutsche republikanische Regierung gestützt hätten. Es sei aber nichts dergleichen geschehen. Im Gegenteil, Nationalistische Bewegungen und erneute Besetzung deutschen Gebietes hätten die Möglichkeit der aufeinanderfolgenden deutschen Regierungen verstärkt. Es würde also ein Wunder gewesen sein, wenn Deutschland unter solchen Bedingungen den Friedensvertrag erfüllt haben würde. Jedenfalls sei das wirkliche Problem nicht das, wieviel Gewalt in Deutschland verbleibe, sondern wie der Frieden Europas auf erträglichen Bedingungen aufgehoben werden könne. Die Reuter erzählt, ist der volle Bericht der alliierten Kontrollkommission noch nicht übergeben worden. Die Frage seiner Veröffentlichung sei eine Angelegenheit, die zwischen den verschiedenen Regierungen erst besprochen werden müsse. Bisher sei noch keine Entscheidung darüber erzielt worden.

Art verlangt die Frage der Schutzpolizei. Anzeichen ist es vor allem die Karrierierung der preussischen Polizei, an der die Entente Anstoß nimmt. Sie verlangt vermutlich die Wiederherstellung der alten Revierpolizei. Daß dies ohne Lebensgefahr für den Staat noch nicht möglich ist, liegt auf der Hand. Bisher hat seit jedes Jahr der Republik einen Putsch von rechts oder von links gebracht. Ohne eine in größeren Verbänden zusammengefaßte Polizei kann in den deutschen Ländern die Staatsgewalt jetzt nicht aufrechterhalten werden. Das sollten auch die Alliierten begreifen. Was ist also zu tun? Die Deutsche Volkspartei verlangt in Preußen, daß die Regierung einen Protest gegen den Rechtsbruch erhebt, wobei übrigens bemerkt werden ist, daß die Deutsche Volkspartei diese preussische Regierung, von der sie ein so entscheidendes Auftreten verlangt, im gleichen Augenblick zu stützen unternimmt. In der Stimmung des Widerstands gegen den neuen Gewaltakt ist das ganze deutsche Volk einig. Hier gibt es von den Kommunisten über die Mittelparteien bis zu den Deutschen Nationalen und Nationalsozialisten nur eine Meinung. Aber mit dem

Ausdruck dieser Stimmung ist politisch noch nichts erreicht. Wir müssen so schnell wie möglich zu Verhandlungen kommen. In den Verhandlungen muß festgelegt werden, was die Entente der Reichsregierung im einzelnen vorwirft. Diese Vorwürfe müssen ernsthaft geprüft, was an ihnen falsch ist, muß widerlegt werden. Was unerfüllbar ist, weil es den Lebensinteressen der deutschen Nation nicht zu vereinbaren ist, muß abgelehnt, was irgendetwas berechtigter Vorwurf, sei er auch geringfügiger Art, erhoben wird, soll er abgestellt werden. Zur Befreiung des deutschen Bodens muß jedes Opfer gebracht werden, das zu leisten ist. Gleichzeitig verlangen wir von der Reichsregierung, daß sie den deutschen Rechtsstandpunkt, der der Standpunkt jedes gerecht und billig Denkenden ist, mit allem Nachdruck zur Geltung bringt. Die Note stützt sich auf den ersten Absatz des Artikels 429. Der zweite Absatz kommt, wie gegenüber irreführenden Darlegungen in der deutschen Presse bemerkt ist, nicht in Betracht. Dieser zweite Absatz läßt einen Aufschub der Räumung